Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

im Namen der Internationalen Liga für Menschenreche appelliere ich eindringlich an Sie, alles in Ihren Möglichkeiten zu tun, damit der seit nunmehr sieben Jahren um ihr Wohlergehen und ihren Schutz gebrachten Familie Siala/Salame aus Libanon die Menschlichkeit zuteilwerde, deren Versagung insbesondere unter Berücksichtigung des Wohls ihrer vier Kinder unvertretbar ist und in einem Vergehen gegen ihre Unversehrtheit enden könnte, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird.

Die Tatsache, dass es in Deutschland möglich ist, eine schwangere Frau nach 17 Lebensjahre im Lande zusammen mit einem Kleinstkind abzuschieben, obgleich sie sich nichts zu Schulden kommen gelassen hatte, erfüllt uns mit großer Sorge um die Achtung des Zivilpakts und der allgemeinen Menschenrechtskonventionen. Dass von den niedersächsischen Behörden das Leid übergangen wird, das mit dem Auseinanderreißen einer offenbar vollkommen intakten Familie verbunden ist und überdies alle zwingend entstehenden Schäden so gar keine Berücksichtigung finden, die aus dieser Situation vor allem für die Kinder erwachsen, bedrückt uns sehr. Zumal Frau Salame und ihre Kinder in der Türkei, in der sie als ehemalige Libanesin und mithin nach 17 Lebensjahren auch “eingedeutschte” Bürgerin zwangsläufig Fremde ist und in der ihr aufgezwungenen familiären Situation offensichtlich auch bleibt.

Es bedarf, sehr verehrter Ministerpräsident, sicher nicht der Erwähnung, dass sowohl das Grundgesetz als und vor allem auch die universelle Erklärung der Menschenrechte, die universelle Kinderrechts- und nicht zuletzt auch die Europäischen Menschenrechtkonventionen die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellen. Das Universalitätsmoment, das den modernen Menschenrechten als Bestandteil des Völkerrechts eigen ist, gebietet die Einhaltung der in den einschlägigen Vereinbarungen verbrieften Artikel durch Instanzen der Exekutiven und mithin auch der Judikativen gegenüber allen Menschen, nicht nur für den engen Kreis der Bürger und Bürgerinnen des eigenen Hoheitsgebiets.

Wir meinen, dass die von Ihnen – aus welchen Gründen auch immer – in diesem Fall zur Anwendung gebrachte Härte und die Konsequenz der Durchsetzung eines aus unserer Sicht ohnehin überkommenen und dringend der Ersetzung durch ein dem Zeitalter der Globalisierung angemessenen bedürfenden Ausländerrechts, gegen die international sowie vor allem auch in der EU verbrieften Menschen- und insbesondere gegen die Kinderrechte verstößt.

Die Feststellungen eines so erfahrenen Experten der Kinderrechte, wie Heiko Kauffmann (Mitglied des Vorstands der Flüchtlingsorganisation PRO ASYL) in einem “Offenen Brief” an die Adresse Ihres Hauses anlässlich des jüngsten “Internationalen Tags der Menschenrechte” am 10. Dezember 2011, er habe in seiner vierzigjährigen Praxis “… noch kein Familienschicksal wie das hier vorliegende erlebt, in dem ein Teil der Familie – unter Hintanstellung humanitärer und menschenrechtlicher Erwägungen – abgeschoben wurde und die Familie inzwischen im 7. Jahr auseinandergerissen und voneinander getrennt leben muss, ohne dass sich deutsche Behörden und zuständige Landes- und Regierungsstellen in der Lage sehen, dieser Zermürbung und Zerstörung einer Familie und der fortgesetzten Missachtung des Kindeswohls Einhalt zu gebieten bzw. im Hinblick auf kinder- und menschenrechtliche Standards einer humanitären Lösung zuzuführen …” bleibt so lange Anklage, bis hier Abhilfe geschaffen wird.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Regierungsführung in Niedersachsen die vielen, zum Teil auch in den großen überregionalen Medien lautstark veröffentlichten Vorhaltungen der Inhumanität im Umgang mit der Familie Siala/Salame dauerhaft übergehen kann. Dies umso mehr als der Nutzen, der dem Ansehen des Landes und seiner Regierung von einem Einlenken in diesem Fall erwüchse, durchaus groß, hingegen ein Schaden für sein Wohl und seine Integrität so gar nicht erkennbar ist.

Ich hoffe sehr, Sie mit diesem Appell erreicht und zu neuerlichem Nachdenken über den Fall Siale/Salame bewogen zu haben.

Hochachtungsvoll

Fanny-Michaela Reisin (Präsidentin)